



# **Wir versorgen Deutschland**

## **Wahlprüfsteine zur Wahl der Bürgerschaft in Bremen 2023**

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung  
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

## Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus. Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer qualitätsgesicherten, wohnortnahen Hilfsmittelversorgung in Zukunft noch weiter zunehmen.

---

## Sicherung der Versorgung

1) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, um in Bremen auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln im ambulanten, stationären und häuslichen Bereich zu sichern?

### CDU

Die gesundheitliche Versorgung in ausreichender Quantität und hoher Qualität hat für uns eine hohe politische Priorität und dies in Ausrichtung auf alle Sektoren und Bereiche. Unser Ziel ist es, auch in Regierungsverantwortung eine gute wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen. Relativ kurze Wege im Stadtstaat sind gegenüber Flächenländer hier von Vorteil. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Hilfsmitteln gewinnt angesichts der demografischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung und gehört für uns sicher als ein Baustein zum Aufgabenspektrum der Sicherung bedarfsgerechter Angebote im Gesundheitsbereich. Neben dem Engagement ihrer Branche sehen wir hier auch eine staatliche Aufgabe und werden in Bremen mögliche Förderungen insbesondere auch zum Abbau bürokratischer Hürden vornehmen.

### SPD

Eine hochwertige Versorgung ist in Bremen aktuell sichergestellt und hat auch in Zukunft für uns Priorität. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der sich rasant verändernden demographischen Rahmenbedingungen und dem Fachkräftemangel, der die Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln auch in Bremen vor neue Herausforderungen stellt. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, die im Wesentlichen jedoch in die Regelungskompetenz des Bundes fallen, werden wir grundsätzlich unterstützen.

## **B 90 / Die Grünen**

*Anmerkung: von Seiten B90 / Die Grünen ist folgende allgemeine Rückmeldung auf die Wahlprüfsteine bei uns eingegangen.*

Wir bedanken uns für Ihr Interesse an unseren gesundheitspolitischen Positionen zur Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Da Ihre Fragestellungen jedoch ganz überwiegend die Bundespolitik betreffen, sehen wir uns außer Stande, diese aus der Perspektive des kleinsten Bundeslandes sinnvoll zu beantworten. Unser Wahlprogramm enthält u. a. Aussagen zur Digitalisierung im Gesundheitswesen (Seite 21) und zu unserer IT-Sicherheitsstrategie (Seite 101), allerdings nicht speziell in Bezug auf die Hilfsmittelversorgung: <https://gruene-bremen.de/wahlen/gruenes-wahlprogramm-fuer-die-wahl-zur-bremischen-buergerschaft-2023/>.

## **Die Linke**

Medizinische Hilfsmittel sind ein wichtiger Bestandteil zur Sicherstellung der Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, daher setzen wir LINKE uns für einen wohnortnahen und bedarfsgerechten Zugang für alle Bürger\*innen ein. Den wohnortnahen Zugang erreichen wir über die flächendeckende Etablierung von Gesundheits- und Sorgezentren in den Stadtteilen, in denen wir ein entsprechendes Angebot zur Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln vorhalten wollen. Der rechtliche Zugang sowie die gesetzlichen Regelungen zur Versorgung zu und mit medizinischen Hilfsmitteln fällt allerdings grundsätzlich in die Regelungskompetenz des Bundes.

## **FDP**

Die wirtschaftliche Situation und der demographische Wandel stellen die medizinische Nahversorgung vor große Herausforderungen. Dennoch ist eine qualitative medizinische Versorgung in allen Bereichen für alle Anwohner Bremens ein Grundrecht. Es gilt, dieses unbedingt sicherzustellen und darüber hinaus weiter auszubauen. Besonders im Bereich der ambulanten medizinischen Nahversorgung sind einige Stadtteile unterversorgt, was es zu ändern gilt. Hierbei müssen die Kassenärztliche Vereinigung, die Ärztekammer, die Politik und weitere Akteure eng zusammenarbeiten, um weitere (fach)medizinische Versorgungskapazitäten zu stellen, sodass alle Bewohner fachgerecht und wohnortnah versorgt werden können. Weiterhin unterstützen wir den Aufbau und Ausbau von medizinischen Versorgungszentren, um den Bedarf in unterversorgten Stadtteilen schnell und qualitativ stellen zu können.

---

## **Fachkräftemangel**

### **2) Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser begegnen? Welche Maßnahmen planen Sie?**

#### **CDU**

Der Arbeits- und Fachkräftemangel betrifft so gut wie alle Branchen und Bereiche. Sowohl im Handwerk, als auch im Handel, der Industrie, den Dienstleistungsunternehmen und im öffentlichen Bereich erreichen uns Meldungen über fehlende Fach- und Arbeitskräfte. Natürlich sind hier auch die Unternehmen in ihrem Bündnis selbst gefordert, durch attraktive Arbeitsbedingungen, ein gutes Lohngefüge sowie Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Das wollen wir politisch gern unterstützen, insbesondere auch durch ein dringend zu reformierendes Bildungssystem in Bremen, welches interessierte und gut ausgebildete Schulabgänger auch in Ihre Branche führt. Die aktuelle Zahl von rund 10 % der Absolventen ohne Abschluss ist nicht akzeptabel. Wir wollen auch die Vernetzung von Schule und Gesundheitswirtschaft stärken durch geförderte Angebote, die organisiert frühzeitige Kontakte herstellen. Ein weiterer Schlüssel auch für Ihre Branche ist die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen; hier schlummern in Bremen besonders viele Reserven. Gute Kinderbetreuung ist Voraussetzung und durch Politik sicherzustellen. Auch nehmen wir hierbei die vermehrte Wandlung von Teilzeit- in Vollzeitarbeit von Frauen in den Blick. Dies wollen wir fördern. Eine Ausbildungsumlage lehnen wir ab, um auch Unternehmen Ihrer Branche nicht mit weiteren Kosten zu belasten.

#### **SPD**

Fachkräftemangel ist ein Problem, dass es aktuell in fast allen Branchen gibt – auch im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, um die Attraktivität der Berufsfelder zu steigern und machen Ausbildung grundsätzlich attraktiver. Wir investieren in berufliche Bildung und Azubi-Wohnheime, wir führen die Aufstiegsfortbildungsprämie fort und schaffen Anreize zur Erhöhung von Ausbildungsplätzen. Nicht alle Lösungen für die Ursachen des Fachkräftemangels im medizinischen Bereich können auf Landesebene gefunden werden – hier schauen wir im Bund genau hin.

#### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

#### **Die Linke**

Wir setzen uns für die Aufwertung aller Gesundheitsberufe ein und unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe hierfür. Wir fordern bessere Löhne (Stärkung der Tarifbindung in diesen Bereichen) und bessere Arbeitsbedingungen (bspw. Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, verlässliche Arbeitszeiten, Förderung des kollegialen Miteinanders). Zudem befürworten wir den Abbau von Hierarchien zwischen Mitarbeitenden im Gesundheitswesen und ein Zusammenarbeiten auf Augenhöhe. Für Fachkräfte im Gesundheitshandwerk und in Sanitätshäusern fordern wir mehr Autonomie. Für die Mitarbeiter\*innen in den Gesundheits- und Sorgezentren wollen wir gute und familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen.

### **FDP**

Der Fachkräftemangel im medizinischen Bereich stellt unser Versorgungssystem vor eine große Herausforderung und etliche Schwierigkeiten, worunter Patienten und Personal leiden. Das wollen und müssen wir beheben. Insbesondere der Bereich der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke erfährt nicht den aktuellen Stellenwert, der den Bereichen zusteht. Deswegen wollen wir einerseits dafür sorgen, dass der Fachkräftemangel in den Bereichen stärker thematisiert wird, sodass gemeinsam Lösungen entwickelt werden können. Zudem wollen wir die Ausbildung in den Bereichen fördern, sodass ein zukünftiger Fachkräftemangel aktiv verhindert werden kann.

---

**3) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich einbezogen werden, insbesondere in Hinblick auf die Setzung von Qualitätsstandards und die Fortschreibung des Hilfsmittelverzeichnisses?**

### **CDU**

Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen. Grundsätzlich ist die Expertise von Fachkräften aus der Branche immer die beste Beratung für Politik. Angesprochen sind mit dem Verweis auf Qualitätsstandards und Hilfsmittelverzeichnis Regelungskompetenzen des Bundes. Zum einen muss es um die Sicherstellung von Standards für Medizinprodukte gehen, andererseits sehen wir aber auch die durch die hohe Komplexität und Einzelvertragsverhandlungen die Notwendigkeit einer Verschlankung von Strukturen. Wir werden unsere Möglichkeiten von Landesseite aus nutzen, um den Blick dafür zu schärfen, die Entscheidungen auf Bundesebene zu begleiten und Entscheidungsträger mit der Praxis zusammenzuführen.

### **SPD**

Alle an der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln beteiligten Berufsgruppen in Bremen leisten einen wertvollen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung. Umso wichtiger ist es, die Attraktivität dieser Arbeit weiter zu steigern und die Expertise der Leistungserbringer entsprechend zu berücksichtigen. Die verbindliche Einbeziehung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung ist zu prüfen und bundesrechtlich zu regeln.

### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

### **Die Linke**

Aus unserer Sicht muss die Selbstverwaltung die Expertise und Perspektive aller Gesundheitsberufe umfassend einbeziehen. Auf Bundesebene begrüßen wir, dass der Koalitionsvertrag vorsieht, dass im Rahmen einer Reform des G-BA derzeit nicht ausreichend vertretene Gesundheitsberufe stärker in Entscheidungen, die ihren Bereich betreffen, einbezogen werden sollen. Auf Landesebene fordern wir für die Landesgremien im Gesundheitswesen ebenfalls mehr Mitsprachemöglichkeiten für unterschiedliche Gesundheitsberufe in den für sie relevanten Entscheidungen.

#### **FDP**

Wir Freien Demokraten halten Kommunikation und eine gezielte Zusammenarbeit generell, aber insbesondere im medizinischen Bereich für notwendig. Zudem muss der Bedarf und die Wünsche des Patienten konsequent berücksichtigt werden, da eine Behandlung sehr individuell sein kann. Um die Expertise der Gesundheitshandwerksexperten verstärkt mit einzubringen, bedarf es innovativer Ideen und sehr gezielter Kommunikation. Auch der Patient und weiteres Fachpersonal wie die behandelnden Ärzte müssen hier mit eingebunden werden. Es soll gezielte Beratungsangebote und Vermittlungsangebote für die Expertise der Gesundheitshandwerksexperten geben. Diese soll durch das Fachpersonal erfolgen. Ebenso setzen wir uns für Zusammenschlüsse von Fachpersonal ein, die gezielt zusammenarbeiten. Dazu sollten ebenso Gesundheitshandwerksexperten gehören.

---

## **Bürokratie**

### **4) Welche Ansätze hat Ihre Partei, um die Bürokratie in der Hilfsmittelversorgung zu verringern?**

#### **CDU**

Den hohen Rücklauf ihrer Unternehmen an Kritik zu den gesetzlichen Bürokratie- und Dokumentationspflichten nehmen wir auf und ernst. Das System der Verhandlungen und Vertragsgestaltungen muss übersichtlicher, schlanker und transparenter auch für Ihre Kundschaft gestaltet werden. Dafür werden wir uns auch von Landesebene aus gegenüber den Entscheidungen im Bund stark machen und nehmen die Anregungen mit in unsere laufenden Gespräche mit Kassen und ihren Verbänden vor Ort. Bürokratie, Kontrolle und Dokumentation muss gerade im sensiblen Bereich der Gesundheitsversorgung Qualität sichern, darf aber die Versorgung und auch Innovationen nicht aufhalten. Diesen Spagat gilt es, politisch zu meistern.

#### **SPD**

Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratie unterstützen wir grundsätzlich, auch im Bereich der Hilfsmittelversorgung. Hierfür sind die einheitlich geregelten Dokumentationspflichten zu überprüfen und bundesrechtlich neu zu regeln.

#### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

#### **Die Linke**

Dokumentationspflichten im Gesundheitswesen sind bundesweit einheitlich geregelt, daher sind die Einflussmöglichkeiten auf Landesebene hier begrenzt. Grundsätzlich setzen wir uns für bürokratieärmere Prozesse unter Wahrung hoher Qualitätsstandards in der Gesundheitsversorgung ein, um Gesundheitsberufe zu entlasten und ihnen mehr Zeit für die Patient\*innenversorgung einzuräumen. Möglichkeiten zum Bürokratieabbau sehen wir beispielsweise durch die Einführung eines einheitlichen Umsatzsteuersatzes für medizinische Hilfsmittel oder die Nutzung von Leitverträgen. Auch durch zielgerichtete Digitalisierung unter Einhaltung hoher Datenschutzstandards

kann die Bürokratielast verringert werden.

### **FDP**

Wir Freien Demokraten streben nicht nur eine wirtschaftliche Entbürokratisierung an, sondern ebenfalls eine Entbürokratisierung im medizinischen und gesundheitlichen Bereich. Oft werden Behandlungsmethoden und weitere Prozesse im Gesundheitswesen durch Bürokratisierungsprozesse verlangsamt, worunter die Qualität der medizinischen Behandlung leidet. Verwaltungsprozesse im Gesundheitswesen sollen verschlankt werden, sodass in Zukunft papierlose Verwaltungen vorhanden sind, was Behandlungen beschleunigen kann. Weiterhin wollen wir gesetzliche Regelungen verschlanken. Ein umfangreicher Digitalisierungsplan, der für das Gesundheitswesen gilt, soll umgesetzt werden, sodass Prozesse beschleunigt werden und die Qualität der Behandlungen gesteigert wird.

---

## **Digitalisierung**

### **5) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Hilfsmittelversorgung voranzutreiben?**

#### **CDU**

Wie in so vielen anderen Bereichen von Wirtschaft und Staat stecken wir in Deutschland oft noch in den Kinderschuhen von Digitalisierung im Vergleich zu vielen anderen Staaten weltweit. Die CDU tritt auf Bundes- und Landesebene an, hier weitere Fortschritte anzustrengen. Für den Gesundheitsbereich ist die elektronische Patientenakte in Vorbereitung und auch die Infrastruktur für Telemedizin auf dem Vormarsch. Wir unterstützen diesbezügliche Trends und Umsetzungen im Land Bremen und Verweisen hierzu auf das Strategiepapier Gesundheit der CDU-Bürgerschaftsfraktion unter <https://bit.ly/3mTjfw>. Zugriffsrechte von Unternehmen Ihrer Branche sollten im Zuge der Digitalisierung möglich sein, sofern die Einwilligung der Patienten vorliegt.

#### **SPD**

Besonders der Gesundheitssektor ist noch immer von analogen Strukturen geprägt. An den Stellen, an denen das Land Bremen Einfluss nehmen kann, wollen wir die Digitalisierung vorantreiben. In einigen Bereichen – Stichwort Telematik – steht jedoch der Bund in der Pflicht.

#### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

#### **Die Linke**

Wir fordern, dass die Hilfsmittelversorgung im Rahmen der Digitalisierung konsequent mitgedacht wird. Dazu gehört bspw. die Berücksichtigung des Hilfsmittelbereiches in der elektronischen Patient\*innenakte (ePA) und der Einbezug von Mitarbeitenden aus dem Heil- und Hilfsmittelbereich in die Entwicklung und Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen. Im Rahmen der Digitalisierung fordern wir einen hohen Datenschutz und die Sicherstellung der informationellen

Selbstbestimmung der Patient\*innen.

### **FDP**

Digitalisierung erleichtert Prozesse und somit auch Behandlungen. Wir streben eine umfangreiche Digitalisierung in vielen Bereichen des Gesundheitswesens an. Dies greift nicht nur für eine papierlose Verwaltung. Wir setzen uns auch für die Verbesserung von technischen Standards in der Medizin ein, sodass zur Diagnostik und Therapie modernere Technik verwendet wird. Ebenfalls soll die Arbeit von Fachpersonal erleichtert werden. Dies soll durch die Verwendung von Algorithmen und verbesserten Programmen zur Dokumentation von Daten passieren. Auch wollen wir robotische Assistenzgeräte (KIs) verstärkt fördern. Ein Ziel ist es die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren und Patienten zu digitalisieren. Um die Hilfsmittelversorgung zu digitalisieren sollen Leistungsträger ebenfalls stärker digitalisiert werden, um dem Patienten eine schnelle Hilfestellung und Leistungsübersicht zu geben. Dies schließt die Hilfsmittelversorgung mit ein.

---

**6) Wird sich Ihre Partei insbesondere für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer – inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer – in die Telematik-Infrastruktur einsetzen?**

### **CDU**

Wir unterstützen jede Kooperation zwischen allen Akteuren in der Gesundheitswirtschaft zum Wohle der Patienten. Demzufolge wollen wir uns auch gern für die Einbindung der Hilfsmittelleistungserbringer im stationären wie ambulanten Versorgungsbereich einsetzen. Hier ist auch in Bremen noch viel Luft nach oben in Sachen praxisnaher Kooperation. Wir wollen in der kommenden Legislatur den Auf- und Ausbau eines Integrierten Gesundheitscampus Bremen voranbringen und etablieren und dabei unbedingt auch Ihre Unternehmen und Expertise unter diesem Dach aktiv einbinden. Bei den Notwendigkeiten einer gleichberechtigten Einbindung aller Anbieter beziehen wir die Telematik-Infrastruktur selbstverständlich mit ein.

### **SPD**

Grundsätzlich ist es wichtig, dass bei der notwendigen digitalen Transformation, der digitalen Vernetzung sowie bei der Flexibilität für die Kostenerstattung neuer, patientenzentrierter Versorgungsformen im Gesundheitswesen kein relevanter Leistungserbringer ausgeschlossen wird. In diesem Sinne ist auch die Anbindung von Hilfsmittel-Leistungserbringern an die Telematikinfrastruktur kontinuierlich auf Bundesebene zu überprüfen.

### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

### **Die Linke**

Aus unserer Sicht ist es wichtig, alle Mitarbeitenden im Gesundheitswesen in die Entwicklung und Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie einzubeziehen, um den praktischen Erfolg einer solchen Strategie und eine gute sektorenübergreifende Versorgung zu gewährleisten.

### **FDP**

Die Vernetzung und Kommunikation aller Gesundheitsakteure, insbesondere in Bezug auf Digitalisierung, Patienten und Fachpersonal haben ein Recht auf transparente Lösungen und schnelle Prozesse. Wir benötigen offene Standards in technischer, aber auch sozialer Sicht. Die Wünsche und Bedürfe des Patienten müssen hierbei berücksichtigt werden. Für uns Freie Demokraten gehören Hilfsmittelleistungserbringer fest zum Gesundheitssystem und sind für den Patienten relevant. Es ist geplant, dass alle Gesundheitsakteure, die relevant für die medizinische Versorgung sind, Teil der TI werden und so eine lückenlose, qualitative Versorgung erreicht werden kann.

---

### **7) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberkriminalität zu schützen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche bei diesem Thema besser zu unterstützen?**

#### **CDU**

Cyberkriminalität ist eine stark zunehmende Gefahr für Staat und Gesellschaft, die auch unsere Ermittlungsbehörden beschäftigt. Bei der Cyberabwehr braucht Bremen dringend mehr Tempo. Wir werden unverzüglich eine Cyberabwehrstrategie für das Land Bremen mit entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen vorlegen und noch im Jahr 2023 schrittweise mit der Umsetzung beginnen. Angriffe in der Gesundheitsbranche wiegen umso schwerer, da es sich immer um kritische Infrastruktur handelt mit sensiblen Gesundheitsdaten und es in der Folge um die Gefährdung erkrankter Menschen geht. Krankenhäuser sind gesetzlich dazu verpflichtet technisch-organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um sich vor Cyberangriffen zu schützen. Der Appell richtet sich aber auch an die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft selbst, durch taugliche Software und Schutzmaßnahmen.

#### **SPD**

Die Herausforderungen an die Cybersicherheit sind groß und werden weiter zunehmen. Es ist daher wichtig, dass die Cybersicherheitsstrategie für das gesamte Land Bremen zügig abgeschlossen und gleichzeitig die Kooperation mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik verstärkt wird. Ergänzend müssen die Anstrengungen auf Bundesebene – z. B. mit Blick auf die Cybersicherheitsagenda – fortgesetzt und gerade kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützt werden, die notwendigen Investitionen in die IT-Sicherheitsinfrastruktur zu tätigen.

#### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

#### **Die Linke**

Wir fordern den konsequenten Schutz sensibler Patient\*innendaten. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung im Gesundheitswesen nimmt auch die Anzahl von Cyberangriffen zu, daher setzen wir uns für hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit, ausreichende Investitionen in gute IT-Sicherheitsstrukturen und die Entwicklung und Anwendung von IT-Sicherheitsregeln im Gesundheitswesen ein. Mitarbeitende im Gesundheitswesen müssen umfassend für IT-Sicherheit

sensibilisiert und geschult werden.

#### **FDP**

Cyberkriminalität ist ein großes Problem für die Sicherheit unserer Gesellschaft, auch im Gesundheitssystem. Deswegen setzen wir uns für eine flächendeckende Verwendung von einem etablierten IT-Sicherheitsstandard ein. Ausgebildetes Personal soll die Sicherheit der Systeme regelmäßig prüfen und reduzieren. Die Lösungen, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberangriffen zu schützen sind vielfältig. Einerseits wollen wir dem IT-Fachkräftemangel entgegenwirken, sodass durch mehr ausgebildetes Personal der IT-Sicherheitsmarkt verbessert werden kann. Für Bremen planen wir ein Cybersecurity-Cluster, was einerseits den Wettbewerb fördert und zudem verschiedene Akteure besser miteinander vernetzt. Informationsmanagementsysteme in Unternehmen sollen gefördert werden. Weiterhin wollen wir die Polizei in dem Bereich stärken, sodass Fachpersonal Cyberangriffen gezielt entgegenwirken kann.

---

## **Einheitliche Umsatzsteuer auf Hilfsmittel**

**8) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?**

#### **CDU**

In Anbetracht Ihrer hier geschilderten Probleme, die für uns durchaus nachvollziehbar sind, halten wir einen einheitlichen Umsatzsteuersatz auf Hilfsmittel in der Gesundheitsversorgung für sinnvoll. Die Regelungskompetenz für die Höhe dieses Steuersatzes liegt beim Bund. Ihre uns bekannte Forderung nach einem „Hilfsfonds für Soziale Dienstleister“ halten wir für gerechtfertigt angesichts von enormen Kostensteigerungen für Dienstleistungen und Zulieferprodukten in Ihrer Branche und im Rahmen von Energiehilfen.

#### **SPD**

Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation gleichermaßen Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln haben. Ermäßigungen bei der Umsatzsteuer sind auf Bundesebene zu überprüfen und wären bundesrechtlich neu zu regeln.

#### **B 90 / Die Grünen**

*Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 1.*

#### **Die Linke**

Wir fordern für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status, Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln, da sie das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe sichern. Wir fordern daher auf Bundesebene, die Umsatzsteuer auf medizinische Hilfsmittel zu reduzieren und einheitlich zu regeln.

#### **FDP**

Wir Freien Demokraten setzen und für eine gerechte Steuerpolitik ein. Zudem wollen wir eine

qualitative Behandlung im medizinischen Bereich für Patienten gewährleisten. Da medizinische Hilfsmittel gegebenenfalls zu einer fachqualitativen Behandlung gehören und zudem notwendig sein können, sprechen wir uns dafür aus, dass diese mit dem ermäßigtem Umsatzsteuersatz belegt werden sollen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass das Umsatzsteuerrecht Bundesrecht ist und zusätzlich zahlreichen europarechtlichen Vorgaben unterliegt. Als Teil der Bremer Regierung würden wir jedoch darauf hinwirken, dass Bremen einer solchen Regelung zustimmt.

---

### Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

#### **Berliner Büro**

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

[info@wirversorgendeutschland.de](mailto:info@wirversorgendeutschland.de)

[www.wirversorgendeutschland.de](http://www.wirversorgendeutschland.de)

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

**Anmerkung:** Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: 20.04.2023